



Recht, Wettbewerbspolitik und
Versicherung

Telefon 030-2028-1408

Telefax 030-2028-2408

E-Mail: u.suchsland-maser@bdi-online.de

i.ploeger@bdi-online.de

13. Oktober 2005

**Stellungnahme zum
Aktionsplan staatliche Beihilfen
der EU-Kommission**

A. Vorbemerkung

Die EU-Kommission hat am 7. Juni 2005 einen Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ über eine umfassende Reform des Beihilferechts und Beihilfeverfahrens veröffentlicht. Sie möchte damit einen aktiven Beitrag zum Lissabon-Ziel leisten, die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken, die Beihilfenpolitik an die erweiterte EU anpassen und die Beihilfenkontrolle entbürokratisieren.

Der BDI hat die Politik der strengen Beihilfekontrolle durch die EU-Kommission stets unterstützt. Eine hohe Beihilfendisziplin auf nationaler Ebene sowie eine effektive Beihilfenkontrolle durch die EU-Kommission sind für den europäischen Binnenmarkt unerlässlich. Beihilfen verzerren grundsätzlich den fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen. Investitionen in Europa entstehen vorrangig durch eine Belebung der Konjunktur, durch Wachstum und durch eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und nicht durch Beihilfen. Beihilfen können sogar positive Wettbewerbseffekte erschweren, wenn sich der Beihilfempfänger infolge der Mittelzuführung notwendigen Innovationsprozessen entzieht. Beihilfen sind daher grundsätzlich abzubauen. Nur wenn Märkte ausnahmsweise den Wettbewerb nicht tragen, können Beihilfen zulässig sein.

Beihilfen müssen daher zielgerichtet in den Bereichen eingesetzt werden, in denen sie tatsächlich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Wettbewerb zu unterstützen vermögen. Ein Schwerpunkt staatlicher Unterstützung sollte daher im Bereich Forschung, Entwicklung (F+E) und Innovation liegen. Die EU-Kommission hat sich auf vielen Politikfeldern ambitionierte Ziele gesetzt und damit erhebliche F+E-Anstrengungen in diversen Industriezweigen ausgelöst. Bei der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sollte die EU-Kommission im Auge behalten, dass konkurrierende Weltregionen ebenfalls erhebliche Mittel aufwenden, um ihre Industrien im globalen Wettbewerb zu stärken.

Vor diesem Hintergrund befürwortet der BDI nachdrücklich die dem Aktionsplan zu Grunde liegenden Prinzipien, weniger und besser ausgerichtete Beihilfen zu vergeben, die für die Beihilfevergabe maßgeblichen Bestimmungen zu konsolidieren, zu vereinfachen und das Verfahren transparenter und berechenbarer zu gestalten. Er dringt jedoch auf eine stärkere Ausarbeitung der einzelnen Vorschläge. Insbesondere dringt der BDI auf die Beschleunigung beihilferechtlicher Entscheidungen. Der administrative Aufwand und die Dauer der Verfahren sollten bei den Entscheidungen der EU-Kommission reduziert werden.

B. Im Einzelnen

1. Stärkere wirtschaftliche Betrachtungsweise (Ziff. 19-23)

Wie in anderen Gebieten des europäischen Wettbewerbsrechts plant die EU-Kommission, auch bei der Beihilfenkontrolle einen stärker wirtschaftsorientierten Ansatz ("more economic approach") zu verfolgen.

Die EU-Kommission beabsichtigt, die Kriterien, die für die Prüfung der Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt maßgeblich sind, weiter zu entwickeln.

Ziel sollte in jedem Fall sein, die Beihilfenkontrolle rechtlich und ökonomisch greifbarer und damit transparenter zu gestalten. Neue Kriterien sollten Beurteilungsspielräume der Behörden möglichst einengen und keine begrifflichen Unschärfen aufweisen. Freistellungen müssen mit der notwendigen Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit feststellbar sein; eine stärker wirtschaftsorientierte Betrachtungsweise darf bei der Prüfung der Freistellungsvoraussetzungen keine zusätzlichen Unsicherheiten schaffen.

Der Analyse des Marktversagens zur Feststellung der Notwendigkeit und Unerlässlichkeit einer Beihilfe soll – laut EU-Kommission - künftig zentrale Bedeutung zukommen. Dieser Ansatz könnte – je nach Ausgestaltung – zu genaueren Ergebnissen und zu einer größeren Einzelfallgerechtigkeit bei der Bewertung von Beihilfen führen. Hier kommt es aber entscheidend auf eine in der Praxis handhabbare Definition des Marktversagens an. Es fehlt noch an einer ausreichenden Konkretisierung dieses Konzepts. Der BDI gibt zu bedenken, dass die Prüfverfahren durch die Ermittlung des Marktversagens in jedem einzelnen Fall wesentlich aufwändiger und dadurch länger werden könnten. Gerade eine längere Verfahrensdauer kann aber die mit einer Beihilfenvergabe verbundenen Ziele konterkarieren. Eine wirtschaftlichere Betrachtungsweise darf weder zu größerer Rechtunsicherheit führen noch weitere administrative Hürden errichten.

2. Ausrichtung auf Innovation und FuE-Beihilfen (Ziff. 24-28)

Da Unternehmen bei Forschung und Entwicklung tendenziell zur Unterinvestition neigen (Marktversagen), hat sich der BDI stets für einen behutsamen Ausgleich durch FuE-Beihilfen ausgesprochen. Die EU-Kommission beabsichtigt, insbesondere den Gemeinschaftsrahmen für Forschung und Entwicklung an die Ziele von Lissabon und Barcelona anzupassen und gegebenenfalls um Innovationsziele zu ergänzen.

Eine Anpassung des Gemeinschaftsrahmens ist aufgrund geänderter Bedingungen für Forschungsaktivitäten dringend geboten. Der BDI plädiert für eine Reduzierung der drei Förderkategorien

(Grundlagenforschung, industrielle Forschung und vorwettbewerbliche Forschung) auf zwei (Grundlagenforschung und industrielle Forschung). Die industrielle und die vorwettbewerbliche Forschung sollten künftig in der Förderkategorie industrielle Forschung zusammengefasst werden. Die Förderhöchstgrenzen sollten auch bei der Umstellung auf zwei Kategorien erhalten bleiben, und zwar eine Bruttobeihilfeintensität von 100% für die Grundlagenforschung und 50% für die industrielle Forschung. Eine Reduzierung der Beihilfeintensitäten sollte gerade im Hinblick auf die im globalen Wettbewerb stehende europäische Industrie nicht erfolgen. Außereuropäische Wettbewerber erhalten oft erhebliche Mittel nicht nur für die Grundlagenforschung, sondern gerade auch für stärker dem Produkt angenäherte Entwicklungsleistungen. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Wettbewerb sicherzustellen.

Ebenso sollte die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen bzw. staatlichen Hochschulen gefördert werden. Die Voraussetzungen für solche Forschungsk Kooperationen, die keine Beihilfen beinhalten, sollten deutlicher gefasst werden. Es hat sich gezeigt, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission diese Vorschriften bislang unterschiedlich ausgelegt und angewandt haben. Beihilfen für FuE-Aktivitäten sollten nicht bereits aus dem Grund untersagt werden, dass sie zum Kerngeschäft eines Unternehmens gehören.

Sowohl die Großindustrie als auch der industrielle Mittelstand stellen wegen ihrer Innovationsgeschwindigkeit einen bedeutenden Faktor für den technologischen Fortschritt in Europa dar. Finanzielle Anreize für KMU, aber auch für Großunternehmen, sind daher grundsätzlich geeignet, die Forschungsintensität der Unternehmen zu erhöhen. Dabei ist die Kooperation mittelständischer Unternehmen mit großen Unternehmen von besonderer Bedeutung, vor allem aufgrund der in großen Unternehmen vorhandenen höheren Innovationskapazitäten und aufgrund der größeren Möglichkeiten, FuE-Ergebnisse anzuwenden. Aber auch die Gründung von Netzwerken zwischen mittelständischen Spezialbetrieben sollte stärker in den Fokus gerückt werden. Die EU-Kommission sollte daher darauf achten, ihre Beihilfepolitik gegenüber großen Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen diskriminierungsfrei zu gestalten.

Um Innovationsmerkmale bei einer Vergabe von FuE-Beihilfen berücksichtigen zu können, bedarf es zunächst einer bislang noch fehlenden belastbaren Definition des Begriffs der Innovation. Sodann müsste Marktversagen – ebenfalls noch zu konkretisieren – vorliegen. Führt bereits der Wettbewerb zu Innovationsprozessen, wäre eine zusätzliche Förderung der Innovation verfehlt, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

Die EU-Kommission sollte sich zudem im Gemeinschaftsrahmen verpflichten und sich in der Praxis bemühen, Genehmigungsverfahren zügig durchzuführen. Beihilfen sollten, wenn möglich, bereits innerhalb der kurzen Frist des Vorprüfungsverfahrens genehmigt werden. Denn gerade im FuE-Bereich müssen Forschungsergebnisse zügig umgesetzt und vorangetrieben werden, damit sie nicht an Aktualität verlieren.

3. Mitteilung zum Risikokapital (Ziff. 30)

Der Überarbeitung der Mitteilung zum Risikokapital mit dem Ziel, junge, innovative KMU zu fördern, steht der BDI positiv gegenüber (vgl. BDI-Stellungnahme vom 23. Februar 2005). Mit der nach wie vor restriktiven Haltung von Banken als Fremdkapitalgeber ist die anteilige Finanzierung von jungen Unternehmen durch Fremdkapital derzeit problematisch. Auch die Entwicklungen an den Börsen in den vergangenen Jahren haben zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit der Risikokapitalgeber geführt. Darüber hinaus haben sich die Investitionsaktivitäten der Risikokapitalgeber in spätere Unternehmensphasen (private equity) verlagert, so dass insbesondere für die frühen Unternehmensphasen, die sich durch ein hohes Risiko auszeichnen, geeignete Finanzierungsinstrumente fehlen. Hinzu kommt, dass der Aufwand für die Abwicklung von Frühphasenfinanzierungen nicht selten derart hoch ist, dass die Gewinnorientierung der Risikokapitalgeber eine Investition aus deren Sicht verbietet. Wir schätzen, dass die „Kapitalmarktlücke“ daher in den letzten Jahren aus den genannten Gründen zugenommen hat.

4. Dienstleistungen im allgemeinen (wirtschaftlichen) Interesse (Ziff. 33-34)

Das von der EU-Kommission angeregte Maßnahmenpaket, wann staatliche Ausgleichszahlungen für Aufgaben der Daseinsvorsorge keine bzw. rechtmäßige Beihilfen darstellen, spielt in der fortwährenden Diskussion um die Notwendigkeit einer EU-Rahmenrichtlinie im Bereich der Daseinsvorsorge eine erhebliche Rolle. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Liberalisierungsfortschritte und den verschiedenen Traditionen in den einzelnen Mitgliedstaaten hat sich der BDI stets gegen eine EU-weite Regulierung der Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgesprochen. Das Subsidiaritätsprinzip gebietet, die Autonomie der Mitgliedstaaten im Bereich der Daseinsvorsorge zu respektieren. Dieser Grundsatz darf auch nicht durch allzu große Ausnahmereiche für staatliche Ausgleichszahlungen vom Beihilfenverbot ausgehöhlt werden.

Der BDI erkennt zwar die Notwendigkeit an, derzeit in eng begrenzten Ausnahmen Aufgaben der Daseinsvorsorge durch staatliche Ausgleichszahlungen zu unterstützen. Ein Großteil der Aufgaben der

Daseinsvorsorge kann und sollte aber langfristig liberalisiert werden. Dies gilt insbesondere für die Abfall- und Wasserwirtschaft und den Verkehr. Das Ziel qualitativ hochwertiger Leistungen der Daseinsvorsorge wird gerade durch eine Öffnung für den Wettbewerb erreicht. Die Liberalisierung des Telekommunikationssektors mag dafür ein geeigneter Beleg sein. Staatliche Ausgleichszahlungen, die der Beihilfenkontrolle entzogen werden, sollten auf das Nötigste reduziert werden. Jede Ausnahme vom Beihilfenrecht führt zu einer Wettbewerbsverzerrung. Die Durchführung von Aufgaben der Daseinsvorsorge ist für private Anbieter nur dann wirtschaftlich sinnvoll, wenn nicht andere Anbieter durch staatliche Subventionierung einen teilweise unaufholbaren Wettbewerbsvorteil erlangen. Die Eingrenzungskriterien, die die EU-Kommission in ihrem Maßnahmenpaket entwickelt hat, scheinen grundsätzlich geeignet zu sein, die Privilegierung auf das nötige Maß zu begrenzen. Der BDI befürwortet insbesondere, dass das Limit von ursprünglich diskutierten höheren Beträgen auf € 30 Mio./Jahr herabgesetzt worden ist.

5. Zusammenführung von Gruppenfreistellungsverordnungen (Ziff. 35-38)

Der BDI steht der Idee einer allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung offen gegenüber. Auch in anderen Bereichen des Wettbewerbsrechts ist die Eigenverantwortlichkeit der Protagonisten gestärkt worden. Für die Unternehmen könnte es eine deutliche Verringerung des bürokratischen Aufwands bedeuten, wenn Beihilfen von geringer Bedeutung keiner Anmeldepflicht unterlägen.

Sofern die EU-Kommission den Erlass einer allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung zur Verfahrensvereinfachung anstrebt, plädiert der BDI für eine frühe Einbindung der Öffentlichkeit in den Konsultationsprozess. Ohne nähere Angaben ist es zu früh, einzuschätzen, ob eine Vereinfachung des Beihilfenrechts tatsächlich durch die Bündelung von Gruppenfreistellungsverordnungen, Gemeinschaftsrahmen und Leitlinien in eine einzige Gruppenfreistellungsverordnung zu erreichen ist. Den Gefahren, die mit einer solchen Vereinheitlichung verbunden sein können, sollte man soweit wie möglich vorbeugen: Das Ziel der EU-Kommission, Beihilfen grundsätzlich zu begrenzen, darf nicht durch zu große Freiräume in neu gestalteten Freistellungsregelungen unterlaufen werden. Außerdem müsste eine solche Gruppenfreistellungsverordnung klar und detailliert gefasst werden, um Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden. Jede Dezentralisierung der Anwendung des Beihilfenrechts birgt gleichzeitig die Gefahr uneinheitlicher Anwendung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten in sich. Die Anwendung einer solchen allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung bedarf in jedem Fall der Kontrolle durch die EU-Kommission.

Politisch hochsensible Bereiche, wie z. B. Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, sollten von Freistellungsregelungen ausgenommen werden. Von solchen Beihilfen gehen in der Regel erhebliche Wettbewerbsverzerrungen aus. Beihilfen an zahlungsunfähige oder kurz vor der Insolvenz stehende

Unternehmen können strukturelle Anpassungsprozesse verzögern oder verhindern. Leistungsfähige Wettbewerber werden dadurch besonders stark belastet.

Einer moderaten Anhebung der de-minimis-Schwellenwerte steht der BDI grundsätzlich nicht im Weg. Allerdings geben wir zu bedenken, dass die Freiräume der Mitgliedstaaten bei der Vergabe von de-minimis-Beihilfen proportional zur jeweiligen Anhebung größer werden. Je höher die Anhebung ausfällt, desto größer wird die daraus resultierende Intransparenz bei der Beihilfenvergabe, da diese Beihilfen nicht mehr der Kontrolle durch die EU-Kommission unterliegen.

6. Regionalbeihilfen (Ziff. 39-44)

Der BDI teilt die Auffassung der EU-Kommission, dass die Leitlinien für Regionalbeihilfen nach sieben Jahren einer Anpassung bedürfen. Er steht dem derzeit vorliegenden Entwurf grundsätzlich positiv gegenüber. Auch in diesem Bereich gilt es Wettbewerbsverzerrungen zu minimieren. Dennoch schaffen Regionalbeihilfen auch wichtige Anreize für die Regionalentwicklung. Die Neustrukturierung der Fördergebiete ist durch den Beitritt von 10 Mitgliedstaaten und weiterer zwei Beitrittskandidaten erforderlich geworden. Verlässlichkeit und Planbarkeit der Beihilfenintensität bleiben aber weiterhin – gerade für den Osten Deutschlands – entscheidende Kriterien. Unbillige Härten für diese Regionen müssen verhindert werden. Eine gemäßigte Rückführung der Beihilfenintensität, wie sie der Leitlinienentwurf für Regionalbeihilfen vorsieht, ist daher angezeigt. Anderenfalls ist gerade die Schwächung von Grenzregionen zu befürchten. Einen Subventionswettbewerb einzelner Regionen gilt es auf jeden Fall zu verhindern. Ein zu starkes Gefälle der Regionalförderungsintensitäten könnte zu Standortverlagerungen führen. Eine Höchstdifferenz der Förderquoten erscheint aus Sicht des BDI sinnvoll. Diese sollte 20% nicht übersteigen. Zur Vermeidung von Standortverlagerungen sind zudem Sperrklauseln wichtig. Ein Karenzzeitraum von 5 Jahren erscheint angemessen. Darüber hinausgehende Bestimmungen würden allerdings eine zu starke Einschränkung der unternehmerischen Freiheit bedeuten.

Der Grundsatz der Subsidiarität gebietet, die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten zu stärken. Sie sollten einen eigenständigen und substantiellen Spielraum zur Durchführung der national gesteuerten Regionalpolitik erhalten. Aufgrund ihrer Nähe kann die nationale, gegebenenfalls auch die regionale Ebene den Förderungsbedarf besser beurteilen und unbürokratischer bearbeiten. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag der EU-Kommission zur Verbesserung der Transparenz zu begrüßen. Ein erleichterter Zugang zu sämtlichen geltenden Regionalbeihilfenregelungen durch miteinander verbundene Internetseiten scheint geeignet, die gegenseitige Kontrolle zu erhöhen.

Gegen die Integration des Multisektoralen Regionalbeihilferahmens in die Regionalleitlinien bestehen aus Sicht des BDI keine grundsätzlichen Bedenken. Die Kritik an einzelnen Regelungen des Multisektoralen

Rahmens halten wir aber aufrecht (vgl. u.a. die BDI-Stellungnahme vom 01.11.2001). Die EU-Kommission sollte zudem überprüfen, ob die gegenwärtig bestehenden diskriminierenden Vorgaben zu Lasten einzelner Industriebereiche in Gänze aufrechterhalten werden müssen. Für die Kunstfaserindustrie haben sich die Einschränkungen zwar bewährt, bei anderen Branchen erscheint eine kritische Überprüfung der bestehenden Regelungen jedoch angezeigt. Auch dürfen große Investitionsvorhaben nicht noch weiter benachteiligt werden. Sie können positive Ausstrahlungseffekte haben, von denen vor- und nachgelagerte Industrien profitieren können. Die Trennung zwischen den einzelnen Investitionsvorhaben im derzeit vorliegenden Entwurf der EU-Kommission ist unscharf. Es wird nicht hinreichend deutlich, inwiefern die umfangreichen Informationspflichten für Investitionsvorhaben von € 50 – 100 Mio. eine Verwaltungserleichterung zu der Notifizierungspflicht für Beihilfen über € 100 Mio. darstellen soll. Ferner sollte die Erschließung neuer Märkte weiterhin privilegiert bleiben. Eine Beschränkung würde dem Anreiz für Investitionen und Innovationen entgegenstehen.

7. Umweltschutzbeihilfen (Ziff. 45 f)

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sollten neben der Förderung von Forschung und Entwicklung weiterhin einen hohen Stellenwert im Rahmen der künftigen Beihilfepolitik der EU einnehmen. Sie sollten insbesondere in den Bereichen zum Tragen kommen, in denen neben positiven Auswirkungen auf die Umwelt auch positive Auswirkungen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten sind. Bei der anstehenden Überarbeitung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen sollten insbesondere die in der Praxis hervorgetretenen Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten beseitigt werden (z.B. unterschiedlich angewandte Bewertungsverfahren bei der Beurteilung angemessener Beihilfehöhen).

8. Modernisierung der Beihilfeverfahren und – praktiken

a) Bessere Kontrolle in geteilter Verantwortung mit den Mitgliedstaaten (Ziff. 48-51)

Kurze und zügige Beihilfeverfahren sind unbedingt erforderlich, um eine effiziente Beihilfenkontrolle zu gewährleisten. Der BDI stimmt der EU-Kommission zu, dass die gegenwärtigen Beihilfeverfahren und –praktiken Mängel aufweisen. Er unterstützt die EU-Kommission daher nachdrücklich in ihrem Bestreben, das Verfahren zur Ausübung der Beihilfenkontrolle zu vereinfachen und die Verfahrensdauer zu verkürzen. Ebenso befürwortet der BDI das Vorhaben der EU-Kommission, ‚best-practice‘-Leitlinien für den Ablauf des gesamten Prüfverfahrens zu erlassen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Eine

stärkere Nutzung moderner Informationsmittel (Internet) könnte hierbei eine große Rolle spielen. Für eine abschließende Beurteilung bleiben jedoch die konkreten Vorschläge abzuwarten.

Einer möglichen Ausweitung der Auskunftsbefugnis der EU-Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten bei einer Neugestaltung der Verfahrensvorschriften steht der BDI skeptisch gegenüber, sofern damit auch den Unternehmen größere Auskunftspflichten auferlegt werden. Eine solche Ausweitung würde erheblichen Mehraufwand bei den Unternehmen bedeuten, und zwar nicht nur beim begünstigten Unternehmen, sondern bei allen Marktteilnehmern. Im Übrigen ist eine Ausweitung der Befugnisse auch nicht erforderlich, da die EU-Kommission schon jetzt die benötigten Informationen bei dem begünstigten Unternehmen sowie bei seinen Kunden und Wettbewerbern anfordern kann.

Das Bedürfnis der EU-Kommission, Beihilfekontrollfunktionen teilweise auf die Mitgliedstaaten verlagern zu wollen, ist vor dem Hintergrund der erweiterungsbedingten zunehmenden Mehrbelastung der EU-Kommission zwar verständlich. Es erscheint jedoch zumindest fragwürdig, ob die Mitgliedstaaten, die über die Beihilfevergabe entscheiden, auch die Kontrolle über ihre Vergabetätigkeit ausüben sollten. Dies könnte zu Interessenskonflikten führen. Auch bei einer Verlagerung der Kontrolltätigkeit auf unabhängige Behörden in den Mitgliedstaaten, könnte sich die EU-Kommission ihrer Kontrollaufgabe nach dem EG-Vertrag nicht gänzlich entziehen; eine Letztkontrolle müsste nach wie vor durch sie gewährleistet sein. Aus diesem Grund gibt der BDI zu Bedenken, ob der durch die Schaffung neuer Strukturen zusätzlich entstehende Verwaltungsaufwand nicht dem von der EU-Kommission ebenfalls beabsichtigten Bürokratieabbau in den Mitgliedstaaten entgegenstünde. Ferner könnte die Wirksamkeit der Beihilfenkontrolle dadurch beeinträchtigt werden, dass eine Dezentralisierung der Aufsicht eine uneinheitliche Anwendung der Beihilfenvorschriften befürchten lässt.

b) Weniger Bürokratie und eine gezieltere Rechtsanwendung und Kontrolle (Ziff. 52-56)

Die EU-Kommission konstatiert, dass Rechtstreitigkeiten Privater auf nationaler Ebene eine zusätzliche Instanz darstellen können, um die Einhaltung der Beihilfenvorschriften durchzusetzen. Das ist sicherlich zutreffend, allerdings wird von dieser Möglichkeit bislang nicht oft Gebrauch gemacht. Sowohl potentielle Beschwerdeführer als auch klageberechtigte Unternehmen nehmen vielfach davon Abstand, den Klage- oder Beschwerdeweg gegen ihre begünstigten Konkurrenten zu beschreiten. Hinzu kommt, dass, anders als im Kartellrecht, den Unternehmen durch die Beihilfenvergabe an einen Konkurrenten meist kein direkter messbarer Schaden entstanden sein dürfte, den diese mittels Schadenersatzklagen geltend machen könnten. Sofern bei den Drittbetroffenen allerdings lediglich mangelnde Kenntnis ihrer

prozessualen Rechte vorherrscht, kann die EU-Kommission sicherlich zu einer größeren Aufklärung bei den potentiell Betroffenen beitragen.

c) Anpassung des Verfahrensrechts an eine erweiterte Europäische Union (Ziff. 57-59)

Ob die Vorstellung der EU-Kommission praktikabel ist, nicht angemeldete Beihilfen systematisch zurückzufordern, um eine ordnungsgemäße Sicherstellung der Anmeldung zu gewährleisten, erscheint schon aufgrund des dadurch entstehenden zusätzlichen Verwaltungsaufwands zweifelhaft. Eine Rückforderung erscheint jedenfalls in den Fällen nicht verhältnismäßig, in denen keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Rechtswidrigkeit der Beihilfe bestehen. In diesen Fällen dürfte auch kein überwiegendes und schützenswertes Interesse von Konkurrenzunternehmen an einer Rückforderung bestehen.

Der Aktionsplan bedarf sicherlich noch näherer Konkretisierung. Sofern er bereits die Überarbeitung einzelner Beihilfeinstrumente ankündigt, bezeugt der BDI schon jetzt sein Interesse, frühzeitig in den Prozess der Entstehung von Detailregelungen einbezogen zu werden.


Plöger


Dr. Suchsland-Maser